

Am kommenden Montag soll endlich eine Entscheidung im Gemeinderat gefällt werden

Hirschkreuzung: Keine Einigung in Sicht

Am vergangenen Montag stand erneut die Hirschkreuzung auf der Tagesordnung des Ausschusses für Technik und Umwelt (ATU). Während die SPD und die Grünen hinter den Plänen der Verwaltung stehen, ist die CDU gegen eine baldige Zuschüttung der Unterführung. Die Freie Wählervereinigung hat noch zu keiner geschlossenen Meinung gefunden. Am kommenden Montag möchte die Verwaltung dem Gemeinderat eine Entscheidung abverlangen.

Die Zukunft der Hirschkreuzung ist derzeit eines der am umfangreichsten diskutierten Themen der Eisinger Kommunalpolitik. Zahlreiche öffentliche Vorträge, Diskussionsrunden und Informationsveranstaltungen sorgten in den vergangenen Monaten für einen ausgiebigen Austausch aller, wirklich absolut aller Argumente. Das Für und Wider der verschiedenen Varianten wurde immer und immer wieder besprochen. Nun ist aus Sicht der Verwaltung die Zeit für eine Entscheidung reif. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob die Unterführung für Radfahrer und Fußgänger unter der Hirschkreuzung hindurch zugeschüttet werden soll. Aus Sicht aller Fachleute gibt es dafür gute Argumente. Erstens könnte dann ein kreisumrundender Radweg gebaut werden, der den Radfahrern ein sicheres Passieren der Kreuzung ermöglichen würde. Wird die Unterführung beibehalten ist dafür kein Platz mehr. Die Radfahrer würden sich die Straße mit den Autos teilen, was selbst bei den zukünftig auf der Hirschkreuzung prognostizierten 15000 Autos gefährlich werden könnte. Zweitens könnten freiwerdende Flächen städtebaulich genutzt werden und das Areal aufgewertet werden. „Es geht darum, die Südstadt voranzubringen“, sagte Eisingens Technischer Bürgermeister Thomas Schuster. Drittens bekäme auch der Radverkehr in Ost-West-Richtung eine Fahrmöglichkeit, die derzeit nur auf der Straße gegeben ist.

CDU möchte Unterführung behalten

Die CDU-Fraktion stellte im Verwaltungsausschuss am vergangenen Montag dennoch klar, dass sie gegen die aktuellen Pläne ist. „Wir sind nicht Ihrer Meinung“, sagte CDU-Stadtrat Erich Schwendemann an die Verwaltungsbank gerichtet. Neben der Größe des geplanten Kreisverkehrs (Außendurchmesser knapp 50 Meter) stört die Christdemokraten, dass die Planungen für den Radverkehr bisher lediglich konzeptionell vorliegen. Außerdem hätte die CDU gerne weitere Informationen zu Finanzierung. Derzeit geht die Verwaltung von Gesamtkosten von

1,2 Millionen Euro aus. Hinzu kommt, dass die CDU keine Entscheidung fällen möchte, bevor die Schüler, von denen viele als Radfahrer auf ihrem Schulweg die Hirschkreuzung überqueren, nicht befragt wurden. Über die Zukunft der Unterführung solle erst nach dem Bau der Mühlbachtrasse entschieden werden, meinen die Christdemokraten.

Doch die Zeit drängt. Wird nicht bald eine Entscheidung herbeigeführt, drohen mögliche Zuschüsse nicht mehr abrufbar zu sein, wie die Verwaltung betont. Hinzu kommt, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Ritz, dass durch ein weiteres hinauszögern die Situation für die örtlichen Geschäfte immer schwieriger wird. „Das Umfeld ist ein heruntergekommenes Stadtviertel. Wir müssen unbedingt etwas machen“, sagte er. Ferner müsse gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel älteren Menschen mit Gehhilfe die oberirdische Überquerung der Hirschkreuzung ermöglicht werden. Das geht aber nur, wenn die Unterführung aufgegeben wird. Dass einige Menschen länger als unbedingt notwendig an der Unterführung festhalten wollen, ist für die Sozialdemokraten nicht nachvollziehbar. „Diese Unterführung ist eine

Zumutung“, so Ritz. Ähnlich sah es auch Dietmar Zurmühl von der Freien Wählervereinigung. „Wir sollten das Ding jetzt angehen.“ Für ihn war entscheidend, dass absolut alle Experten (Verkehrsplanner, Polizei, Radplaner, Stadtplaner) zum selben Ergebnis gekommen sind. Allerdings betonte Zurmühl, dass sich seine Fraktion bis zur Gemeinderatssitzung am kommenden Montag noch einmal mit der Hirschkreuzung beschäftigen werde.

Wie die Entscheidung am kommenden Montag ausfällt ist bisher völlig offen. Mit der Verwaltung werden voraussichtlich SPD und die Grünen stimmen. Die CDU hat ihr „Nein“ bereits angekündigt. Das Zünglein an der Waage könnten demnach die Stadträte der Freien Wählervereinigung werden, die fraktionsintern noch uneins sind. FWV-Stadtrat Willi Hörmann hat im ATU gegen seine Fraktionskollegen Zurmühl und Sarah Autenrieth mit „Nein“ gestimmt. Damit hätte die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung am kommenden Montag mit den Stimmen von Oberbürgermeister Klaus Heiningen, der SPD und der Grünen sowie zwei FWV-Stadträten elf Ja-Stimmen - eine Stimme weniger als für die absolute Mehrheit notwendig. **bra**



Gegner und Befürworter kommen nicht zusammen.

Foto: bra